

Leitlinien zur Weiterentwicklung des Bundesviertels unter Berücksichtigung der innerstädtischen Verkehrssituation!

Beschluss des Kreisparteitages vom 29. Oktober 2016

Antragssteller: CDU Stadtbezirksverband Bonn

1. Bonn ist als Sitz zweier DAX-Unternehmen, als Standort der Vereinten Nationen sowie mit ihren vielen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, als Beethoven und Kultur Stadt wie auch als wichtiges Sportzentrum eine prosperierende Stadt mit der Folge einer großen Nachfrage nach Wohnraum sowie nach Geschäfts- und Büroräumen, wobei auch immer wieder Hochbauten in die Diskussion gebracht werden. Die CDU ist der Auffassung, dass der Bedarf an Wohnungen und Geschäftsräumen soweit wie städtebaulich vertretbar auf städtischem Gebiet gedeckt werden sollte. Sie ist sich aber klar darüber, dass im Übrigen über Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Flächen außerhalb der Grenzen der Bundesstadt Bonn mit dem Rhein-Sieg-Kreis bzw. mit den benachbarten Gemeinden zu verhandeln ist.
2. Das ehemalige Bundesviertel hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem hochwertigen Bürostandort entwickelt, weist aber noch Flächen auf, die einer Nutzung zuzuführen sind. Hier gilt es, die Weiterentwicklung nach städtebaulichen Maßstäben im Einklang mit der Bürgerschaft fortzusetzen. Der von der CDU initiierte derzeit in Erarbeitung befindliche Rahmenplan Bundesviertel muss gemäß Ratsbeschluss vom 08.12.2016 Klarheit über die Möglichkeiten einer städtebaulich vertretbaren Weiterentwicklung schaffen. Dabei soll er festlegen, „wo und in welchem Umfang verschiedene Nutzungen (Büro, Kongresszentrum, Wohnen, Kultureinrichtungen, Läden, Gastronomie, UN-Campus) zukünftig zulässig sein sollen, wie die bauliche Form, Lage und Höhe der vorhandenen, auszubauenden und neu zu errichtenden Gebäude und ihr Verhältnis zueinander sein sollen und wie die Verkehre geordnet werden.“ Insbesondere soll der Rahmenplan auch Bereiche aufzeigen, „wo prioritäre größere Ansiedlungen von Büroarbeitsplätzen inkl. des Baus von Hochbauten mit mehr als acht Geschossen städtebaulich vertretbar entwickelt werden sollen“.
3. Das ehemalige Bundesviertel zeichnet sich bereits heute dadurch aus, dass es nicht nur Bürostandort ist, sondern auch mehr oder weniger geschlossene große Wohnviertel aufweist. Die CDU fordert eine Fortentwicklung des Bundesviertels, die Arbeiten und Wohnen Raum gibt. Die Ansiedlung von Versorgungsbereichen, Kultur- und Sporteinrichtungen sowie von Gastronomie ist ebenso notwendig wie eine konsequente Freiraumgestaltung. Schließlich muss eine kleinteilige Durchwegung des gesamten Viertels die verschiedenen Räume eng miteinander verknüpfen. Es soll ein lebendiges Viertel ohne Angsträume entstehen. Eine bessere Verknüpfung mit den Nachbarbezirken wie mit Kessenich, Dottendorf und Friesdorf ist erforderlich, wobei vor allem ungehinderte Querungen der Bahnlinie durch den Bau von Unterführungen an dem Bahnübergang Ollenhauerstraße für den motorisierten und nicht motorisierten Verkehr und am Rheinweg für Fußgänger und Radfahrer herbeizuführen sind.

4. Der UN-Campus im Bundesviertel ist für die Bundesstadt ebenso von großer Bedeutung wie die wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Ansiedlung weiterer UN-Behörden und Wissenschaftsbetriebe muss ein wichtiges Anliegen sein.
5. Die CDU kann sich soweit städtebaulich vertretbar weitere Hochbauten im Bundesviertel vorstellen. Sie sollten allerdings den inzwischen als Wahrzeichen von Bonn wahrgenommenen Posttower in der Höhe nicht übersteigen und auch nicht in Konkurrenz zu ihm treten. Eher werden dort wo sinnvoll vereinzelte Landmarken empfohlen. Grundsätzlich sollten Hochbauten so angelegt werden, dass sie auch eine Wohnnutzung zulassen. In den unteren Geschossen, zumindest aber im Erdgeschoss, sollten grundsätzlich Einrichtungen bzw. Versorgungsbetriebe vorgesehen werden, die für die Öffentlichkeit zugänglich sind.
6. Bereits jetzt weist das Bundesviertel Gebäude anspruchsvoller Architektur auf. Durch geeignete Qualifizierungsverfahren sind auch zukünftig architektonisch hochwertige Bauten zu gewährleisten.
7. Einen hohen Freizeitwert für alle Bonner bietet die Rheinaue unmittelbar am Rhein. Sie soll nicht nur Erholungsort für Spaziergänger und Freizeitsportler sein, sondern auch Spielstätte für Kinder. Kulturveranstaltungen, wie sie bisher durchgeführt wurden, sollen weiter unterstützt und gefördert werden.
8. Bei den Planungen sind nicht nur die Verkehre im Bundesviertel zu berücksichtigen, vielmehr muss darauf geachtet werden, die schon jetzt stark belasteten Straßen, die zum Bundesviertel führen, wie die B9 und die Reuterstraße zu entlasten. Dazu sind moderne Mobilitätskonzepte notwendig, die einerseits im Bundesviertel selbst die Notwendigkeit des motorisierten Individualverkehrs reduzieren und die andererseits durchgreifende Anreize bieten, bei der Anreise auf den eigenen PKW zu verzichten und auf den ÖPNV, das Fahrrad oder alternative Verkehrsmittel umzusteigen. Für diejenigen, die mit dem eigenen PKW anreisen müssen, sind möglichst Park & Ride Parkplätze an geeigneten Stellen vor Befahrung der Zubringerstraßen z.B. auf der Beueler Rheinseite mit einem bequemen Zugang zum ÖPNV zu schaffen.
9. Da solche Möglichkeiten an der Reuterstraße nicht bestehen, der Verkehr dort aber jetzt schon die Grenze der Belastbarkeit überschreitet und dort auch die höchsten Schadstoffemissionen in Bonn gemessen werden, ist hier über ganz neue Möglichkeiten einer Verkehrsentlastung nachzudenken. Dabei sollte auch die Möglichkeit einer Untertunnelung für die Einrichtung einer Schnellbahnverbindung in Betracht gezogen werden.
10. Von der Einrichtung einer Seilbahn mit der Verbindung vom Venusberg – UN-Campus – Rheinaue – Ramerdorf würde das Bundesviertel vorbehaltlich der wirtschaftlichen Effizienz sicherlich profitieren. Noch größer könnten sich Vorteile durch eine zusätzliche Seilbahnverbindung bis hoch zum Ennert darstellen. Hier sind jedoch weitere Untersuchungsergebnisse abzuwarten.

Begründung

Zu 1.: Die Bevölkerung der Bundesstadt Bonn wird bis 2030 voraussichtlich um 7.000 auf 335.000 Einwohner wachsen. Es werden zusätzliche Arbeitsplätze notwendig. Um diesen Zuwachs zu bewältigen, sind frühzeitig Planungen erforderlich, die eine geeignete Verteilung auf den städtischen Raum und darüber hinaus in der Region lenken und in Bezug auf die Gebäudestrukturen und -höhen städtebaulich verträgliche Lösungen finden.

Zu 2.: Der Ratsbeschluss vom 08.12.2016 fordert die Verwaltung auf, für das Bundesviertel eine entsprechende Rahmenplanung zu erarbeiten. Durch Beschluss des Hauptausschusses vom 23.03.2017 wurde die Verwaltung beauftragt, eine städtebauliche Planung vorzulegen, die Bereiche aufzeigt, wo im Bundesviertel eine größere Ansiedlung von Bürobauten und wo ggf. der Bau von Hochhäusern mit mehr als acht Stockwerken städtebaulich in Frage kommen. Der Rahmenplan wird derzeit erarbeitet.

Zu 3.: Die bisherige Entwicklung des Bundesviertels hat auch nach dem Weggang der Bundesregierung nach Berlin nicht zu einem lebendigen Quartier geführt, wie es in anderen Bonner Vierteln anzutreffen ist. Eine Vernetzung der „Arbeitswelten“ mit der im Bundesviertel lebenden Wohnbevölkerung aber auch mit der übrigen Bonner Bevölkerung findet nicht statt mit Ausnahme der Nutzung der Rheinaue. Es gibt keine Nahversorgungszentren und zu wenig Anreize z.B. durch Gastronomie sowie Kultur- und Sportangebote.

Zu 4.: Das Bundesviertel ist bereits jetzt zentraler UN-Standort in Bonn mit vielen internationalen Einrichtungen. Ebenso haben sich große wissenschaftliche Einrichtungen wie Caesar dort angesiedelt.

Zu 5.: Der Bundesstadt Bonn stehen nur noch wenige eigene Flächen für den Wohnungsbau und den Bau von Geschäftsräumen zur Verfügung. Sie ist vollständig vom Rhein-Sieg-Kreis umschlossen, so dass keine Möglichkeiten der Ausweitung bestehen. Wenn das Wachstum der Bundesstadt Bonn nicht gehemmt werden soll, muss darüber nachgedacht werden, wie die Nachfrage nach Wohnungen und Arbeitsplätzen zukünftig befriedigt werden kann. Fehlende Bauflächen führen dann unweigerlich zu Überlegungen, höher zu bauen.

Zu 6.: Fehlende Qualität bei der Architektur wird häufig bei Neubauten in Bonn beklagt. Die bestehende Architektur im Bundesviertel setzt hohe Maßstäbe (z.B. der Schürmann-Bau, der „Lange Eugen“, der Post-Tower aber auch die Solitäre im Bereich der Bundesbehörden).

Zu 7.: Der Freizeitpark Rheinaue wurde 1979 anlässlich der Bundesgartenschau angelegt und jetzt unter Denkmalschutz gestellt. Der 160 ha große Park grenzt das Bundesviertel gegen den Rhein ab. Zwischen April und Oktober findet dort monatlich einer der größten Flohmärkte Deutschlands mit circa 1.700 Ständen nichtkommerzieller Anbieter statt. Jährliche Veranstaltungen in der Rheinaue sind das Großfeuerwerk „Rhein in Flammen“ im Mai sowie die „Bierbörse“ im Juli und das „Familienspielfest“. Im

Biergarten Rheinaue spielen im Sommer fast täglich Bands auf einer kleinen Bühne. Seit 2012 hat sich der Kunst!Rasen etabliert, der verschiedene Konzerte über den Sommer verteilt anbietet.

Zu 8.: Die Zunahme der Einwohnerzahlen und damit der Autofahrer in Bonn und die Zunahme der Pendlerzahlen führen gerade in Stoßzeiten immer wieder zu hohem Stauaufkommen auf den Zubringerstraßen zum Bundesviertel und auf der Reuterstraße. Dies führt in der Konsequenz seit Jahren zur Überschreitung der vorgeschriebenen Luftreinhaltewerte. Das hohe Verkehrsaufkommen ist zum großen Teil auf Fahrten der im Bundesviertel Beschäftigten zurückzuführen. Die Ansiedlung immer neuer Bürogebäude z.B. am Bundeskanzlerplatz und am Trajektknoten aber auch Neubaugebiete wie z.B. die „Südstadtgärten“ neben der Reuterstraße haben trotz konsequentem Abfordern von Mobilitätskonzepten, die zur Nutzung des ÖPNV und alternativer Verkehrsmittel einladen, und trotz gesamtstädtischer Bemühungen um einen Umstieg vom privaten Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel nicht zu einer Absenkung der Verkehrsbelastung auf diesen Straßen geführt. Bei allen Neuplanungen im Bundesviertel besteht daher die Befürchtung, dass mit der baulichen Umsetzung eine noch höhere Verkehrsbelastung zu erwarten ist.

Zu 9.: Die Reuterstraße ist neben der Kölnstraße die meist befahrene Straße in Bonn. Ein vor 30 Jahren diskutierter Autotunnel unter der Reuterstraße konnte politisch nicht durchgesetzt werden. Auf der Reuterstraße existieren weder eine Stadtbahn noch Buslinien. An den Straßenseiten können aus Platzgründen nur schmale, für Fahrradfahrer äußerst unattraktive Radwege untergebracht werden.

Zu 10.: Die Einrichtung einer Seilbahn wird diskutiert. Der Bonner Stadtrat hat die Verwaltung mit einer Untersuchung der Wirtschaftlichkeit / Kosten-Nutzen-Analyse beauftragt. Ergebnisse liegen bisher nicht vor.

Verbesserung der politischen Mitwirkung von Frauen!

Beschluss des Kreisparteitages vom 6. Oktober 2018

Antragssteller: Kreisverband Frauen Union (FU) Bonn

Der Kreisvorstand der CDU Bonn erarbeitet in Zusammenarbeit mit der Frauen Union Bonn und einer dazu eingesetzten Kommission Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Mitwirkung von Frauen in der CDU Bonn und legt sie beim nächsten Kreisparteitag zur Beschlussfassung vor. Notwendige Änderungen der Kreissatzung werden im Vorfeld einer satzungsrechtlichen Prüfung durch den CDU Landesverband unterzogen.

Satzungsänderung: § 25 Abs. 1 Nr. 3, Satzung KV Bonn **Beschluss des Kreisparteitages vom 6. Oktober 2018**

Antragssteller: Kreisverband Junge Union (JU) Bonn, Kreisverband Senioren Union (SU) Bonn

Ändere

„die Vorsitzenden der im Kreisverband vorhandenen Vereinigungen und Sonderorganisationen,“

zu

„die Kreis- und Gliederungsvorsitzenden der im Kreisverband vorhandenen Vereinigungen und Sonderorganisationen,“